



EU/EP: Beihilfen Steinkohlebergbau

Brüssel, 15.09.2010

PRESSEMITTEILUNG

Jutta HAUG: "Kumpels brauchen Planungssicherheit"

Die Debatte um das Auslaufen der Steinkohleförderung ist nun auch offiziell im Europäischen Parlament angekommen - der Wirtschaftsausschuss wird sich mit dem Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Ratsverordnung befassen.

Dazu betont **Jutta HAUG**, SPD-Europa-Abgeordnete aus der Emscher-Lippe-Region: "Der von der EU-Kommission vorgeschlagene Ausstiegstermin aus der Steinkohleförderung ist nicht akzeptabel. Ich werde meine Kollegen und Kolleginnen im Wirtschaftsausschuss bei den anstehenden Verhandlungen unterstützen - so dass wir hier zu einer vernünftigen Lösung kommen, die auch den in Deutschland geltenden Kohlekompromiss europafest macht. Nicht nur die Kumpels brauchen Planungssicherheit, sondern die gesamte Region". In ersten Gesprächen haben auch Parlamentskollegen aus anderen nationalen Delegationen bereits Unterstützung signalisiert. Vor allem Spanien und Rumänien stehen der Auslaufrfrist im Kommissionsvorschlag kritisch gegenüber.

Nach dem Willen der EU-Kommission soll die Steinkohleförderung im Oktober 2014 auslaufen. Das wäre vier Jahre früher als im deutschen Kohlekompromiss vereinbart. Darin hatten sich Bund, Länder und Gewerkschaften geeinigt, die Beihilfen im Jahr 2018 auslaufen zu lassen. "Ein vorgezogenes Ende wäre fatal für unsere Region", warnt **Jutta HAUG**. Auf Grundlage der 2007 in Deutschland gefassten Beschlüsse seien schließlich sozialverträgliche Lösungen gefunden worden. "Die Bundesregierung hat es aber leider versäumt diese Vereinbarung europarechtlich abzusichern. Wenn sich die Kommission mit ihrem Vorschlag durchsetzt, käme es zu betriebsbedingten Kündigungen für mehrere tausend Bergleute. Über 10.000 Arbeitsplätze bei Zulieferern wären gefährdet. Die eigentlich angestrebten Einsparungen blieben aus, da wir stattdessen deutlich höhere soziale Folgekosten schultern müssten", führt **Jutta HAUG** weiter aus.

Auch auf die Bedeutung für die Technologieführerschaft der deutschen Bergbauindustrie weist die Sozialdemokratin in diesem Zusammenhang hin: "Deutschland ist führend in Produktion und Ausfuhr von modernen und innovativen Bergbaumaschinen. Mehr als die Hälfte werden ins Ausland exportiert. Um dieses Know-how und die hochgradig qualifizierten industriellen Arbeitsplätze halten zu können, brauchen wir den deutschen Bergbau, zumindest in der Form eines Sockelbergbaus, als Referenzwert", hebt **Jutta HAUG** bereits seit langem hervor.

Allein wird sich das Europäische Parlament in dieser Frage kaum durchsetzen können. "Die Kanzlerin persönlich muss jetzt in Erscheinung treten, um Verschlafenes wieder aufzuholen. Das wird nicht leicht, da hier Einstimmigkeit im Ministerrat nötig ist. Diplomatisches Geschick ist nun gefragt", so **Jutta HAUG**, die sich seit Jahren mit dem Thema beschäftigt und damit über einen reichen Erfahrungsschatz verfügt.

Für weitere Informationen: Büro Jutta Haug Brüssel, Tel.:+32 228 47595